

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungshalter und in allen Kassen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich 1 RM (halbjährlich 5 RM, jährlich 10 RM) durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-11 / Reichsstraße 1 u. Expedition: Albertstr. 2 / Fernsprecher: 17 239 / Postfach: Dresden Nr. 15 090, Dresdner Verlagsgesellschaft
Erscheinung: Dresden-11, Albertstr. 2 / Fernstr. Amt Dresden Nr. 17 239 / Druck: Dresdner Verlagsgesellschaft
Druckzeitung / Erscheinungsdauer der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuzeitliche Nonpareilgröße oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restzeile einschließlich an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-11, Albertstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Wiederumsetzung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Donnerstag, den 13. Oktober 1927 Nummer 240

Eine Unterredung mit Coof

Der englische Bergarbeiterführer A. J. Coof, der anlässlich der Tagung des Internationalen Arbeitsamtes in Berlin mit einem Vertreter des kommunistischen Präsidiums ein interessantes Interview:

Erstens: Was halten Sie von dem eben beendeten Paritätstag der Labour Party in Bradford?

Wie ich bereits in der einzigen Arbeiter-Sonntagszeitung Groß-Britanniens, dem Sunday Worker, schrieb, war der Paritätstag eine Komödie, die im Hinblick auf die kommenden Wahlen aufgeführt wurde und die vollständig unter der Kontrolle des Zentralapparates der Arbeiterpartei stand, ohne auf die Gefühle oder Meinungen der Mitglieder irgendwelcher Rücksicht zu nehmen. Die Beschlüsse wurden gefasst ohne Beteiligung der Mitgliedschaft, und an Stelle der Resolutionen, die von Mitgliedschaft einbrachten, wurden einfach Resolutionen des Exekutivkomitees vorgelegt und zur Abstimmung gebracht.

Zweitens: Wie stehen Sie zu der gegen eine starke Minderheit abgelehnten Resolution, die eine Vereinigung der 2. und 3. Internationale forderte?

Diese Resolution drückt die Meinung der großen Mehrheit der Mitglieder aus und wäre angenommen worden, wenn man nicht befragt hätte. Die Exekutive fürchtete sich vor dieser Resolution, und Camp gab im Namen der Exekutive eine äusserliche Erklärung ab. Er sagte, daß die Resolution eine Schwärze gegenüber Rußland darstelle. Wie aber die britischen Arbeiter wissen, sind die Führer der Labour Party und der englischen Gewerkschaften im Jahre 1926 vor den Unternehmern und vor der Regierung gekrochen und tun es heute noch. Meiner Meinung nach würde eine Konferenz der zwei Internationalen die Vertreter beider Seiten veranlassen, den Tatsachen der wirtschaftlichen Lage und dem Angriff der kapitalistischen Gesellschaft in der ganzen Welt voll und ganz Rechnung zu tragen, und das Ergebnis müßte die Bildung einer wirklich lebendigen, allumfassenden revolutionären Internationale sein. In diesem Hinblick haben die Bergarbeiter und ich persönlich für diese Resolution gestimmt.

Drittens: Was halten Sie von der Möglichkeit einer Labour-Regierung als Nachfolgerin der jetzigen konservativen Regierung?

Obgleich ich energisch für die Schaffung einer Labour-Regierung arbeite, sehe ich keine Hoffnung, daß diese geschaffen wird. Dies aus zwei Gründen: erstens wegen der schwachen Führung der britischen Arbeiter durch die politischen Labour-Führer, besonders im Hinblick auf wirtschaftliche Probleme und speziell auf den Bergbau. Zweitens wegen der wachsenden kapitalistischen Organisationen, die offen von der Regierung unterstützt und gefördert werden und die ohne jeglichen Sozialismus und sozialistisches Regime aufzurücken versuchen würden, wenn die Labour Party irgendwelche Aussichten hätte, in den Wahlen zu siegen.

Wichtigsten treiben die dauernden Unterdrückungsmaßnahmen der herrschenden Klasse in Großbritannien und die brutale Verfolgung durch das Baldwin-Regime die Arbeiter dazu für die Arbeiterpartei zu stimmen, und sie werden sicherlich die Zahl der Labour-Abgeordneten sehr bedeutend vermehren.

Meiner Meinung nach werden die Arbeiter sich Vertreter wählen, die revolutionärer eingestellt sind als die bisherigen. Aber die konservative Herrschaft in den landwirtschaftlichen Wahlkreisen und die Bildung von solchen neuen Wahlkreisen durch die Regierung, die den Zweck haben, die Zahl der konservativen Abgeordneten zu vergrößern, und ferner der gewaltige Reichtum in den Händen der Tory-Partei machen die Aufgabe der Arbeiterpartei sehr schwer. Doch ich bin überzeugt, daß die Labour Party, wenn sie wirklich als mutige Führerin auftreten wird, sehr viel dazu tun könnte, um die gegenwärtige Regierung zu bezwingen, die zulässige Regierung jedoch ist heute noch eine Spekulation.

Viertens: Wie würden sich Ihrer Meinung nach die Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion gestalten, falls eine Labour-Regierung zustande käme?

Ich bin der Meinung, daß der Druck der englischen Arbeiter so groß sein würde, daß eine solche Labour-Regierung gezwungen wäre, sofort die diplomatischen und wolkens wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion wieder aufzunehmen.

Fünftens: Wie denken Sie über die Kriegsgefahr?

Ich bin überzeugt, daß alle möglichen Versuche gemacht werden, um eine finanzielle und militärische Blockade gegen die Sowjetunion zu schaffen, und daß Vorbereitungen in Großbritannien getroffen werden, jedes Land zu unterstützen, das zu diesem Plane beiträgt. Aber die englische Regierung ist zu sehr mit inneren Schwierigkeiten beschäftigt, die sich aus dem Angriff auf die Löhne, Arbeitszeit und die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter ergeben haben, um in dieser Sache entscheidend vorzugehen. Trotzdem bin ich überzeugt, daß sie die erste günstige Gelegenheit ergreifen wird, um einen Angriff zu unternehmen, zu dem sie noch ermutigt wird durch die Haltung der britischen Arbeiterführer, die die Beziehungen zu den russischen Arbeitern abgebrochen haben.

Nachmal erkläre ich nachdrücklich, daß die Arbeiter Groß-Britanniens ihre Regierung in keiner solchen Unternehmung unterstützen würden und daß sie auch dem Versuch, mit den russischen Arbeitern zu brechen, nicht zustimmen. Was mich betrifft, so würde ich bei einem solchen Versuch der Regierung den britischen Kohlenbaronen und der Regierung den Krieg erklären in Form eines Generalstreiks gegen die Verschlechterung der Lebensverhältnisse der britischen Arbeiter und im besonderen der Bergarbeiter und für die Verhinderung des Krieges.

Ich bin überzeugt, daß die britischen Arbeiter einen Generalstreik zur Verhinderung des Krieges gegen die Sowjetunion unterstützen würden, und dies ist meiner Meinung nach der Grund, warum die Träume der Regierung nicht Wirklichkeit werden können. Doch wir müssen unsere Organisation vorbereiten für alle Möglichkeiten, sogar für die Möglichkeit eines Krieges gegen die Sowjetunion. Ich bin ein bedingungsloser Verteidiger der Sowjetunion und werde nie vergessen, wer sich im Jahre 1926 als unser treuester Freund erwies, als andere, die uns näher standen, uns verrieten.

Zur Wahl der Dresdner Bürgermeister

Heute findet in Dresden die Wahl des Zweiten Bürgermeisters statt. Bei dieser Wahl stehen sich gegenüber ein Kandidat der KPD, der Volkspartei und der SPD. Hinter den Kulissen wird zu diesem Wahlgang feste geschoben. Eine besondere Note erhält diese Wahl dadurch, daß sie jetzt von den Bürgerlichen zusammengebracht wird mit der Wahl des Dritten Bürgermeisters, dessen Amtsdauer am 31. Oktober abläuft.

Die Stelle des Zweiten Oberbürgermeisters war vorher besetzt von dem Demokraten Käth, dem Vater des Schmutz- und Schundgeistes. Die Demokraten trugen sich eine Zeitlang mit dem Gedanken, diesen Herrn erneut als Kandidaten vorzuschlagen. Sie haben dann aber, wenigstens bis jetzt, darauf verzichtet, diesen deutschen Normalmenschen in Vorschlag zu bringen. Hinter den Kulissen konzentriert sich die Kauferei um den Kandidaten der SPD und der Bürgerlichen. Die ASP will auf jeden Fall den Bürgermeister Nitzsche retten, der, obgleich noch Mitglied der SPD, dennoch der ASP nähersteht. Bei der Wahl der Bürgermeister ist die ASP die entscheidende Gruppe. Die SPD hat deswegen mit dieser Gruppe verhandelt. Von der ASP wurde die Forderung erhoben, die SPD solle von den Kommunisten die Garantie beibringen, daß diese für Nitzsche stimmen, dann werde die ASP für den Kandidaten der SPD eintreten. Die KPD hat ganz selbstverständlich die Bindung auf ein solches Kaufhandelsgeschäft abgelehnt. Für die KPD ist die Bürgermeisterwahl kein Geschäftsabluß, bei dem sie oben drein Garantien für SPD- und ASP-Kandidaten abgibt. Sowohl ein ASP- als ein SPD-Bürgermeister kann keineswegs als ein Vertreter der Arbeiter angesprochen werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben das jedem Arbeiter gezeigt. Wo ASP-Bürgermeister sitzen, haben diese keineswegs als Vertreter der Arbeiter, sondern als Vertreter der Kapitalisten gewirkt. Wir verweisen auf das Vorgehen des Hamburger Senats gegen die Arbeiter, auf die Haltung der SPD-Minister. Wir brauchen aber in Dresden nur auf die Tätigkeit von Nitzsche hinzuweisen. Man muß unterstreichen, trotz aller Zuneigung der ASP zu Nitzsche: dieser ist heute noch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Diese Partei will auch Nitzsche wieder als Dritten Bürgermeister halten. Wo sind die Verdienste des Bürgermeisters Nitzsche um die Arbeiter? Nitzsche war Dezernent des Wohnungswesens, als solcher hat er in rigorosster Weise die Forderungen der Hausbesitzer und Kapitalisten erfüllt. Anstatt Erwerbslosen und notleidenden Mietern zu helfen, ließ er diese durch die Feuerwehr aus ihren Wohnungen herauswerfen. Er sagte, Wohnungen stelle er nicht zur Verfügung. Zum Bau von billigen Wohnungen für Minderbemittelte unternahm Nitzsche nichts. Unter seiner Führung wurde der Wohnungsbau dem Privatkapital immer mehr überlassen. Aus dem Etat wurden keine Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Statt dessen wurden den Siedlungsgesellschaften die Mittel zum Wohnungsbau immer mehr entzogen, diese Mittel für die Finkenbedeckung zur Verfügung gestellt, das bedeutet, daß das Kapital zum Bau für die Wohnungen von den Kapitalisten gestellt wird, wie das bei der Dresdner Wohnungsbau-Gesellschaft der Fall ist. Dieses Verhalten des sozialdemokratischen Bürgermeisters ist absolut gegen die Arbeiter gerichtet.

Die KPD hat gegen diese Politik des SPD-Bürgermeisters einen entschiedenen Kampf geführt. Ein zweiter sozialdemokratischer Bürgermeister wird keine andere Politik betreiben.

Die KPD hat zu der Bürgermeisterwahl einen Antrag gestellt, die Stelle eines Bürgermeisters einzuziehen. Dieser Antrag wurde an den Rechtsausschuß verwiesen und bisher noch nicht verhandelt. Ohne diesen Antrag mit auf die Tagesordnung zu legen, soll nun heute abend die Wahl des Zweiten Bürgermeisters erfolgen. Die ASP hat in Verfolg ihrer Politik für Nitzsche inzwischen mit den bürgerlichen Parteien verhandelt. Fast sämtliche bürgerliche Parteien, einschließlich der ASP, haben nun einen Antrag eingebracht, nach dem gefordert wird, daß heute abend gleich nach der Wahl des Zweiten Bürgermeisters die Wiederwahl des Dritten Bürgermeisters stattfindet. Nach diesem Antrag hat die ASP die Schiebung mit den Bürgerlichen schon fertig. Sie wird für den Volksparteiler stimmen und erhält dafür die Zustimmung zu der Wahl Nitzches. Das ist der eigentliche Zweck des Antrages. Die KPD wird mit aller Entschiedenheit gegen dieses Mandat ankämpfen, sie wird verlangen, daß ihr Antrag auf Einziehung einer Bürgermeisterstelle verhandelt wird.

Daß auch für die SPD die Wahl eines Bürgermeisters nichts anderes bedeutet, als die Eröberung einer Verwaltungsstelle, zeigt sich darin, daß diese Partei keine einzige Maßnahme bekanntgegeben, die sie für Forderungen und Bedürfnisse der Arbeiter erkämpfen will. Zeigt schon der Ausgang der Wahlen in Hamburg und Königsberg, daß die Zusammenlegung des Dresdner Stadiparlaments keineswegs mehr dem Willen der Massen entspricht, so zeigt die Einkreisung der Arbeiter, die bei diesen Wahlen

Was wird in Hamburg?

Das kommunistische Angebot zur Ausnutzung der proletarischen Mehrheit

II. Hamburg, 12. Oktober.

Wie die kommunistische Hamburger Volkszeitung meldet, hat die Bezirksleitung der KPD „Wasserkante“ in Anwesenheit von Vertretern der Bürgerfraktion und des Zentralkomitees der Partei in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, an die Sozialdemokratische Partei und den Allgemeinen Gewerkschaftsbund Hamburg die Aufforderung zu richten, die durch die letzten Wahlen erlangte absolute Mehrheit der beiden Linksparteien in der Hamburger Bürgerfraktion gemeinsam für die Interessen der arbeitenden Massen auszunutzen und mit Hilfe der Gewerkschaften eine Reihe von Mindestforderungen sowohl durch Parlamentsmehrheit als auch durch Massenmobilisierung, zur Durchführung zu bringen. Als solche Mindestforderungen werden bezeichnet: Erhöhung der Löhne und Gehälter der Staats- und Gemeinbediensteten um 20 Prozent, Einführung einer 45-Stunden-Woche, Durchführung eines großzügigen proletarischen Wohnungsbauprogramms, Erhöhung der Beiträge der Rentner aller Art, Überführung der gemeinsamen Betriebe sowie der Betriebsunternehmungen in städtischen Besitz, Entzerrung der reaktionären Verbände usw. Die KPD erklärt ferner ihre Bereitschaft, einem so-

zialdemokratischen Senat in Hamburg die Möglichkeit des Bestehens und Arbeitens zu geben, wenn er diese Mindestforderungen gewährleistet.

Rußlandbelegter Freiburger zur KPD übergetreten

München, 13. Okt. (Eig. Drahtbericht)

Der sozialdemokratische Rußlanddelegierte Kaner Freiburger ist der kommunistischen Partei beigetreten und gibt dafür eine schriftliche Begründung, in der es heißt: „Die SPD-Anstalten haben bis heute ungefähr 18 Delegierte aus der SPD ausgeschlossen. Der Parteitag in Kiel hat diese Ausschüsse bestätigt. Das bedeutet, daß in der SPD für ehrliche Anhänger und Verteidiger Sowjetrußlands kein Platz mehr ist.“

Wohl ist es erlaubt, daß Vertreter der SPD auf allen möglichen kapitalistischen Konferenzen mit dabei sind und mitberaten, wie in Genf usw., in kapitalistischen Ländern Studientreffen machen usw.

Aber wenn einfache Arbeiter aus den Betrieben nach Sowjetrußland zu ihren Klassen Genossen gehen, so verstoßt das gegen die sogenannte Parteidisziplin.

Durch einseitige tendenziöse Artikel unterstützt die SPD-Presse die imperialistischen Kriegshetze gegen Sowjetrußland. Die ehrlichen und einzigen Verteidiger Sowjetrußlands sind die kommunistischen Parteien aller Länder.

Ich bin überzeugt, daß Tausende von Klassen Genossen in dieser Frage innerlich zu derselben Auffassung gekommen sind und meinem Beispiel folgen werden.“